

BAHNHÖFE

# Stopp für „Stuttgart 21“

Nach dem Rücktritt des Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutschen Bahn, Heinz Dürr, droht auch dem Lieblingsprojekt des Schwaben das Ende. Der Umbau des Stuttgarter Kopfbahnhofs zum unterirdischen Durchgangsbahnhof („Stuttgart 21“) stehe jetzt auf dem Prüfstand, heißt es im Bundesverkehrsministerium. Die Kalkulation des Vorhabens klinge „sehr gewagt“, und es sei zu überdenken, ob die „schöne Idee noch finanzierbar“ sei. Die Untertunnelung soll fünf Milliarden Mark kosten und wäre damit der teuerste Umbau eines Kopfbahnhofs in Deutschland. In Kürze, so der Bahn-Aufsichtsrat und verkehrspolitische Sprecher der Grünen, Albert Schmidt, berät



Modell des unterirdischen Stuttgarter Bahnhofs

das Bundeskabinett über das Projekt. Im Mai tagt der Aufsichtsrat der Bahn. Kürzlich wurde der Zentralbereich Sanierung angewiesen, vorerst die Arbeit an „Stuttgart 21“ einzustellen. Der zuletzt für Februar angekündigte Beginn des Planfeststellungsverfahrens wurde verschoben.

ENERGIEKONSSENS

## „Ich lege das Amt nieder“

Manfred Timm, 60, Vorstandssprecher der Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW) und Koordinator der deutschen Atombetreiber, über seinen Ärger mit der Bundesregierung

**SPIEGEL:** Der Bundeskanzler hatte Sie und die übrigen sieben Atombetreiber für den 9. März zur Energiekonsensrunde eingeladen. Der Termin wurde abgesagt. Wie erfuhren Sie davon?

**Timm:** Durch eine dpa-Meldung. Ich erkundigte mich daraufhin beim zuständigen Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt, der die Meldung nicht bestätigen konnte. Später rief er an und sagte: Es stimmt.

**SPIEGEL:** Schröder will am 9. März nur mit den vier Konzernchefs von RWE, Veba, Viag und Energie Baden-Württemberg verhandeln. Fühlen sich die kleinen HEW übergangen?

**Timm:** Ja. Die vier Konzernchefs können nur für ihre Unternehmen sprechen. Selbst wenn es nur um Sondierungen geht: Falls bei dieser Runde Festlegungen getroffen werden, die für die HEW untragbar sind, fühlen wir uns nicht gebunden. Notfalls müssen wir unsere Rechte allein vor dem Bundesverfassungsgericht geltend machen.

**SPIEGEL:** Bleiben Sie Koordinator?



Timm

**Timm:** Nein, ich lege das Amt nieder.

Die Koordination kostet zuviel Zeit. Ich habe von Anfang an gesagt, daß ich das nicht ein ganzes Jahr lang mache.

**SPIEGEL:** Diesmal will der Kanzler gleich über Laufzeiten für alle Meiler verhandeln. Ist das sinnvoll?

**Timm:** Ja, ich halte es für besser. Anschließend wissen wir, wieviel radioaktiver Abfall noch anfällt und wieviel Zwischen- und Endlagerkapazität nötig ist.

**SPIEGEL:** Wann soll endgültig Schluß sein mit der Wiederaufarbeitung in Frankreich und Großbritannien?

**Timm:** Je nach Kraftwerk zwischen 2002 und 2008.

**SPIEGEL:** Noch gilt der Transport-Stopp vom vorigen Mai. Wann sollen die Atom-Fuhren wieder losgehen?

**Timm:** Noch in diesem Jahr. Das ist der aktuelle Stand der „Arbeitsgruppe Entsorgung“, die der Kanzler bei der Energiekonsensrunde eingesetzt hat.

**SPIEGEL:** Garantieren Sie, daß künftig nicht wieder verstrahlte Atom-Behälter durch Deutschland rollen?

**Timm:** Der Grenzwert von vier Becquerel pro Quadratcentimeter, gemessen an der Außenhaut der Castor-Behälter, wird überall im Ausland lediglich als Eingreif-Grenzwert für den Strahlenschutz angesehen. Nur nach penibler deutscher Lesart ist das ein kategorischer Grenzwert.

**SPIEGEL:** Also soll der Grenzwert rauf?

**Timm:** Nein, aber er darf nicht mißbraucht werden, um Transporte zu verhindern.

EUROPA

## Was wußte Cresson?

Die schwer angeschlagene EU-Bildungskommissarin Edith Cresson gerät wegen der Unregelmäßigkeiten in ihrem Bereich immer mehr in die Enge. Bei der Betrugsaffäre um Leonardo – einem milliardenschweren Bildungsprogramm unter Cressons Verantwortung – haben die Betrugsbekämpfer der EU jetzt vier Fälle der belgischen Justiz zu weiteren Ermittlungen übergeben. Es geht dabei um mutmaßliche Unterschlagung und angeblichen schweren Abrechnungsbetrug der Firma Agenor zu Lasten der EU. Die Firma war seit 1995 mit der Abwicklung des Leonardo-Programmes beauftragt. Kommissarin Cresson hatte in den vergangenen Wochen mehrfach beteuert, es gebe damit keine Probleme. Das Betrugsdossier der kommissionseigenen Hauspolizei Uclaf habe sie nie gesehen. Der Uclaf-Direktor gibt dagegen an, der Kabinettschef Cressons sei bereits am 26. Januar in allen Details darüber unterrichtet worden, auch über die Weiterleitung an die Justizbehörden. Die Kabinettschefs gelten als die engsten Vertrauten der Kommissare und geben wichtige Informationen in der Regel sogleich an ihre Vorgesetzten weiter.



Cresson